

Richard U. Haakh

Richter (am Verwaltungsgericht) i.R.

Allgemeines Verwaltungsrecht - Referatsthemen

Aus dem Teil II: "Das Verfahren zum Erlass des Verwaltungsakts" sollen folgende Themen bearbeitet werden:	
Aus dem Themenbereich: Das Verfahren zum Erlass des Verwaltungsaktes	Name, eMail-Adresse (bitte leserlich)
<p>1. a. Anwendbares Verfahrensrecht (§§ 1, 2 LVwVfG einschl. Grundsatz der Spezialität, vorrangiges EU- oder Bundesrecht, Anwendungsbereich des LVwVfG, Ausschlüsse)</p> <p>b. Begriff und Funktion des Verwaltungsverfahrens (§ 9 LVwVfG einschl. verfassungsrechtlicher Bedeutung)</p> <p>c. Form des Verwaltungsverfahrens (§ 10 LVwVfG, Abgrenzung vom förmlichen Verwaltungsverfahren)</p>	
<p>2. a. Beginn und Ende des Verwaltungsverfahrens (§§ 9 und 22 LVwVfG einschließlich Wirksamkeit der Antragstellung (Formulare, Antragsberechtigung, - interesse), Ende des Verwaltungsverfahrens einschließlich anderer Gründe der Beendigung/Erledigung des Verfahrens, Verhältnis zu Widerspruchs-, Vollstreckungsverfahren und zu Wiederaufgreifen des Verfahrens (§ 51 LVwVfG)</p> <p>b. Amtssprache (§ 23 LVwVfG) einschließlich Pflichten der Behörde bzw. des Beteiligten bei Verhandlungen, Vorlage von Urkunden usw</p>	
<p>3. a.. Die Verfahrensbeteiligten (§§ 11 bis 13 LVwVfG (Beteiligtenfähigkeit - Rechtsfähigkeit; Handlungsfähigkeit - Geschäftsfähigkeit (auch von Minderjährigen); Beteiligte, Hinzuziehung von Beteiligten, Bedeutung der Stellung im Verwaltungsverfahren)</p> <p>b. Vertreter und Beistände (§§ 14 bis 19 LVwVfG), Unterscheidung, Voraussetzungen, Vollmacht, Rechte der Vertreter</p>	
<p>4. Ausgeschlossene Personen und Befangenheit (§§ 20, 21 LVwVfG einschließlich Grund der Regelung, Ausgestaltung, typische Probleme)</p>	
<p>5 . Ermittlung des Sachverhalts (§ 24 LVwVfG, Bedeutung des Amtsermittlungsgrundsatzes im Verwaltungsverfahren, Pflichten der Behörde, Mitwirkungspflicht des Beteiligten - § 26 II LVwVfG -, Begriff der Obliegenheit, Folgen der Verletzung der Mitwirkungspflicht)</p>	
<p>6. Beweisrecht im Verwaltungsverfahren (§ 26 LVwVfG Funktion der Beweiserhebung, Art der Beweismittel, Grundsätze der Beweiserhebung, Verwertungsverbote, Beweiswürdigung, "Beweislast")</p>	
<p>7.a. Mitwirkung anderer Stellen (Arten der Mitwirkung, Bindung der Behörde bei Einvernehmen, Rechtsnatur des (verweigeren) Einvernehmens, Begriff des zweistufigen Verwaltungsaktes, Rechtsschutz bei verweigerter Zustimmung, z.B. im Falle von 29a LLG)</p> <p>b. Amtshilfe (§ 4 - 8 LVwVfG; Zweck der Amtshilfe, verfassungsrechtliche Grundlagen, Inhalt der Regelungen, Anspruch, Grenzen der Amtshilfe, Kosten)</p>	

Aus dem Themenbereich: Die Verfahrensrechte	
8. Beratung und Auskunft (§ 25 LVwVfG einschließlich Bedeutung, Gegenstand, Umfang, Reichweite des Anspruchs, Folgen der Pflichtverletzung)	
9. Recht auf Akteneinsicht (§ 29 LVwVfG, Bedeutung des Anspruchs im Rechtsstaat, Inhalt und Umfang, Verweigerungsgründe)	
10. Anspruch auf rechtliches Gehör (§ 28 LVwVfG, Bedeutung des Anspruchs im Rechtsstaat, Inhalt und Umfang, Verweigerungsgründe)	
11. Anspruch auf Geheimhaltung (§ 3b LVwVfG und LDatSchG, Gründe für den Anspruch, die grundlegenden Pflichten der Behörde im Verwaltungsverfahren)	
12. Recht auf Begründung eines Verwaltungsakts (§ 39 LVwVfG (§§ 37, 39 LVwVfG, einschließlich Bedeutung bei gebundenem und bei Ermessensentscheidungen, Inhalt, Umfang, Gründe für den Verzicht)	
13. Form und Inhalt des Verwaltungsakts (verschiedene Formen, § 37 LVwVfG, zwingender Inhalt des schriftlichen Verwaltungsaktes; Bestimmtheitsgebot mit Sinn und Zweck (insb. Verwaltungsvollstreckung), Beispiele)	
14. Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt (§ 36 LVwVfG; einschließlich Arten von Nebenbestimmungen, Begriff der "inneren Wirksamkeit", selbständige/ unselbständige Nebenbestimmungen, Zulässigkeit, (allgemeine und besondere Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen, Rechtsschutz)	
15. Bekanntgabe von Verwaltungsakten (§§ 41, 43 LVwVfG, einschließlich Begriff und Wirkung (insb. äußere Wirksamkeit des Verwaltungsaktes), Zeitpunkt der Bekanntgabe (§ Form (einfach und förmlich, vgl. LVwZG), Begriff der Zustellung, Arten der Zustellung, Zustellung mittels Postzustellung und mittels Empfangsbekanntnis, Heilung von Zustellungsmängeln)	
16. Fristen und Termine (§ 31 LVwVfG, einschließlich Begriffe von Fristen u. Bedeutung, (materielle) Ausschlussfristen, Fristenregelungen (iVm §§ 187 ff. BGB, Beispiele), Wiedereinsetzung in die versäumte Frist, § 32 LVwVfG, Voraussetzungen)	

Hinweis: Aufgabe ist es, den jeweiligen Stoff in seinen wesentlichen Grundzügen vorzutragen und "rüber zu bringen". Die Arbeiten sollen mit praktischen Beispielen, in denen sich das Thema widerspiegelt - möglichst aus Ihrem Verwaltungsbereich - unterlegt werden. Die übrigen Teilnehmer sollten eine schriftliche Zusammenfassung erhalten.

Die Form der Präsentation steht Ihnen frei. Der zeitliche Rahmen für ein Thema sollte zwischen 20 und max. 30 Minuten nicht überschreiten, oft ergibt sich anschließend eine Diskussion. Die Vorträge sind für den 2. Unterrichtsblock geplant.

Bei Fragen können Sie mich unter der eMail-Adresse (rechtzeitig) anschreiben.